

Rebellion ist gerechtfertigt

Die Redaktionsleitung der hLz war einer der arbeitsintensivsten, aber auch interessantesten ehrenamtlichen Posten, die die Hamburger GEW zu vergeben hatte

Als wir auf der LVV im November 1997 als neue Redaktionsleitung gewählt wurden, hatte die GEW gerade einige turbulente Jahre hinter sich mit teils heftigen Kontroversen auch in der hLz-Redaktion. Das konnte auch nicht anders sein. Die hLz unterschied sich nach unserer Wahrnehmung von manchen anderen Landeszeitungen nicht nur durch ihr drolliges DIN A5-Format, sondern auch dadurch, dass sie einerseits Organ der Gewerkschaft war, aber ebenso streitbare Mitgestalterin der Gewerkschaftspolitik. Das war auch unser Verständnis. Und natürlich sollte die Zeitung informativ sein, über den Tellerrand gucken, wenn's geht, spannend sein und gut lesbar und ja: auch unterhaltsam.

Dass wir es in unserer Zeit innerhalb der Redaktion dann weniger turbulent hatten, mag zum Teil am Naturell der Beteiligten gelegen haben – zum ändern aber war nach der Bürgerschafts-

wahl 1997 auch die "Feindlage" übersichtlicher. Rot-grün unter Ortwin Runde und Krista Sager stellten den Senat.

Zwei Besonderheiten wies die neu zusammengestellte Redaktion auf. Mit 10 neuen Kolleg_innen und vier Kollegen, die schon länger dabei waren, war es die zahlenmäßig stärkste hLz-Mannschaft seit langem. Und die Grundschulpädagog_innen stellten die größte Gruppe. Das gab es vorher noch nie und war vielleicht auch dem Umstand geschuldet, dass Grundschulthemen wie die Integration in den 90er Jahren Konjunktur hatten. Die hLz-Redaktion war wohl eine der arbeitsintensivsten ehrenamtlichen Gruppierungen in der Hamburger GEW, von einer geringen GEW-finanzierten Freistellung für die Redaktionsleitung abgesehen. Kaum vorstellbar, dass sich bei der ständig steigenden Arbeitsbelastung der letzten zwanzig Jahre und dem geänderten Berufsbild heu-

te noch 14 Kolleg_innen finden könnten, die die Zeit und das politische Verständnis von ihrem Beruf haben, um nach Feierabend eine Zeitung zu machen.

Als eine nicht unwichtige Aufgabe zum Start der neuen Redaktion sahen wir eine Verbesserung des in den Vorjahren eher durchwachsenen Betriebsklimas. Wir bemühten uns um eine weitestgehende Demokratisierung der Redaktionsarbeit, bei Planung, Schwerpunkten, Artikeln und Gestaltung der jeweiligen Ausgabe, die für alle immer transparent und diskutierbar sein sollten. Bei Letztverantwortung der Redaktionsleiter, die – selten – am Telefon mit der GEW-Chefetage über einen Beitrag diskutieren mussten.

Unabhängig vom immer noch ziemlich „vorsintflutlichen“ technischen Ablauf hatte die Produktionsweise der hLz in der Erstellung einen nicht zu unterschätzenden Vorteil. Wir konnten bis zum letzten Schliff in der Setzerei am darauffolgenden Montag noch Korrekturen und Ergänzungen machen und gegebenenfalls sogar noch ganze Artikel einsetzen. Die Zeitung ging dann in den Druck und war fünf Tage später bei den Leser_innen. Das heißt, die hLz konnte im Vergleich zu anderen Landeszeitungen ziemlich aktuell sein. Und das fanden wir besonders in den ereignisreichen Jahren Ende der 90er nicht unwichtig – mit einer „zeitnahen“ Berichterstattung über die Ankündigungen drastischer Sparmaßnahmen durch die Bildungsbehörde und die zahlreichen GEW-Aktionen, Streiks und Demos dagegen. Pläne, die

Foto: Michael Meyborg



Hermann Kahle übernimmt mit ...

hlz aus Kostengründen wie manche anderen Landeszeitungen als Einlage der E&W zu drucken und zu verschicken, konnten wir abwenden. Dann wären zwischen Erstellung und Erscheinen ungefähr drei Wochen vergangen. Wir waren manchmal schneller als die Wochenblätter.

Angesichts von 100 Jahren hlz waren wir vorüberhuschende Passanten in der hlz-Redaktion, immerhin Zeugen der Zeitenwende von 2000. Wir, Hermann und Willi, betreuten gut dreißig hlz-Nummern von Nr. 12/1997 bis Nr. 12/2000.

Sparorgie ohne absehbares Ende

Das große Sparen im Schulwesen begann unter der SPD-Schulsenatorin Rosemarie Raab Ende der 80er Jahre und setzte sich über 7 Legislaturperioden mit den nachfolgenden Schulsenatoren fort: Ute Pape (SPD) mit einer kurzen Dienstzeit, dem Konteradmiral Lange (FDP), dann dem Interims-Senator Soltau (FDP) und Dinges-Dierig (CDU). Die 90er Jahre waren das Protestjahrzehnt gegen diese erbarmungslose, scheinbar alternativlose Sparorgie in der Bildungspolitik. Schon im Jahr 1994 protestierten als Reaktion darauf am 27. April ab 11.30 auf der Moorweide 60 000 Schüler_innen, Studierende, Eltern und Lehrer_innen unter der ironischen Parole: „Schafft die Schule ab – Die kostet nur Geld!“.

Die GEW errechnete für das Schuljahr 98/99 eine zweiprozentige Unterversorgung von 13 500 Schüler_innen mit Lehrkräften. Schulsenatorin Raab rechtfertigte sich in einem Interview in der Aprilnummer 98 der hlz für diese Sparpolitik. Das achtprozentige Sparpaket der Schulsenatorin vom März 1998, die Unterversorgung der Schüler_innen mit Unterrichtsstunden, die Frequenzerhöhung in den Klassen, die $\frac{3}{4}$ Zwangsteilzeit für Neueingestellte im



Foto: hlz / Auf der Streikversammlung für die Wiedereinführung der Altersentlastung im Jahr 2009

... Willi Bartels die Redaktionsleitung

Angestelltenverhältnis, die Angleichung der Unterrichtsverpflichtungen der Gym-Lehrer_innen an die der Haupt- und Realschullehrer_innen auf 26 Stunden und die Streichung der Altersentlastung für die Lehrkräfte brachte das Fass zum Überlaufen. Das Jahr 1998 war das Jahr mit den größten und ausdauerndsten Massenprotesten in der Hamburger Schulgeschichte.

Am 28.5.1998 kam es zum Aufbäumen gegen diese Sparorgien. 80 000 Schüler_innen aller Altersstufen mit ihren Eltern und Lehrer_innen versammelten sich ab 11.00 auf der Moorweide nach der 4. Unterrichtsstunde. Diese Demo toppte noch den Protest vom April 1994. Es war die größte Demonstration im Bildungsbereich in der Hamburger Geschichte.

Viele fantasiereiche Aktionen hatten im Vorfeld diese Massenkundgebung vom 28.5. vorbereitet.

Am 29.4.1998 wurde publikumswirksam das Schiffmodell der „Bildungs-Titanic“ in der Binnenalster bei der Reesenrammbrücke in Sichtweite des Rathauses versenkt.

In den Wanten des Museumssegelschiffes Rickmer-Rickmers im Hafen wurde am 3.3.1998 ein riesiges Spruchbanner entrollt „Willkommen in der Bildungsfreien und Hansestadt Hamburg“. In der Hamburger Straße an der Außenfassade wurde ein weiteres Spruchbanner enthüllt „Rot-grün steigt aus der Bildung aus. Gute Nacht Hamburg“. Vier Titelbilder von diesen Aktionen zierten 1998 die hlz. Es gab Schlagzeilen wie „Unruhe in der Stadt“ und „GEW goes Greenpeace – The Show goes on“. Bildunterschriften wie „Brutal gerammt vom rot-grünen Eisberg sinkt die Hamburger Bildungstitanic“ prägten die Artikel.

Die Gesamtschüler_innen legten in ihrem Widerstand am 19.11. 98 noch einmal nach und

hlz-Schlagzeilen

- 4/98 Rot-grün steigt aus der Bildung aus. Gute Nacht Hamburg!
- 5/98 Gegen Bildungsabbau – Aktionstag 28.5.98
- 1/99 Rekorddemo der SchülerInnen – 168 Stunden Stafettenlauf
- 4/99 Visionen entwickeln – Bildungskongress der GEW Hamburg
- 5/99 Arbeitszeit – Neue Steuerungsmodelle
- 5/00 Arbeitsniederlegung beschlossen am 6.7.
- 7/00 Junge einstellen – Alte entlasten
- 10/00 Gesamtschule – wie weiter?

strömten mit 3000 Schüler_innen unter dem Motto „Gesamtschule verteidigen – Gegen rot-grüne Kahlschlagpolitik“ vor der SPD-Zentrale im Kurt-Schumacher-Haus zusammen. Die damalige Sprecherin der Schüler_innenkammer Julia Liedtke kritisierte die Einsparung von 900 Lehrerstellen für die nächsten drei Jahre und die Erhöhung der Lehrerarbeitszeit scharf.

Die Lehrer_innen zogen am 9.12.98 als Weihnachtsmänner verkleidet vor die Hamburger Schulbehörde unter dem Motto „Ruten für Frau Raab“. Das Anliegen wurde vor dem Eingang der Schulbehörde vom leitenden Oberschulrat Schmitz abgewimmelt.

Die Schüler_innenkammer gab keine Ruhe. Sie organisierte noch im Dezember die längste Demo für das Guinness-Buch der Rekorde: Sieben Tage, 24 Stunden am Tag, 168 Stunden lang eine Dauer-Demo vom 14 bis 21 Dezember 1998 als Staffettenlauf zwischen Schulbehörde und Rathaus. Mit Feuereifer unter dem Motto „Schule in Not- 168 Stunden gegen den Bildungsabbau“ hielten die Schüler_innen die Aktion durch.

Aufregende Zeiten damals! Es hat Spaß gemacht – die hlz Redaktion war immer live und aktuell dabei.

Hat der Massenprotest etwas

gebracht? Nicht viel! Vom Senat und der Schulbehörde wurde der Widerstand ignoriert und ausgesessen. Die GEW-Mitglieder der grünen Fraktion in der Bürgerschaft Hans-Peter de Lorent und Christa Goetsch, die spätere Schulsenatorin im grün-schwarzen Senat unter Ole von Beust, äußerten zwar Verständnis in dem hlz-Interview 11/99 für die Proteste, aber sie reichten sich ein in den Fraktionszwang des rot-grünen Bündnisses in der Bürgerschaft für das Sparen. Sie nahmen für sich in Anspruch, die Sparquote gemildert zu haben. Die angekündigten Kürzungen von 900 Lehrerstellen wurden auf 600 reduziert und auf die Streichung der Altersermäßigung für Kolleg_innen wurde vorerst verzichtet, um sie dann 2000 anzuordnen.

Ging es der GEW, die Aufhebung der Altersermäßigung und eine Erhöhung der Arbeitszeit der Gymnasiallehrer_innen von 23 auf 26 Stunden zu verhindern, so kam die Schulbehörde unter Führung des leitenden Oberschulrates Schmitz mit einer neuen Idee um die Ecke: das berüchtigte Arbeitszeitmodell, unter dem die Hamburger Lehrerschaft heute noch leidet. Für die minutengenaue Abrechnung der Lehrerarbeitszeit wollte die Behörde die GEW einspannen. Die GEW wurde aufgefordert,

Schulen ausfindig zu machen, die das Modell als Versuch zunächst freiwillig ausprobieren sollten.

Am 27./28.9.99 fand eine zweitägige Fachtagung der Schulbehörde über „Neue Wege in der Arbeitszeitberechnung – Fluch oder Segen?“ statt. In der Abschlussveranstaltung im Fishbowl-Format prallten die Positionen unter den 300 Teilnehmenden aus der Behörde, aus Schulleitungen, aus den Kammern und von GEW-Vertreter_innen unversöhnlich aufeinander. Die Behördenvertreter behaupteten die Existenz einer Gerechtigkeitslücke in der unterschiedlichen Belastung von Kolleg_innen in den Fächern Kunst, Sport und den korrekturintensiven Hauptfächern. Die GEW lehnte das AZM ab. Daraufhin verschwand das Lehrerarbeitszeitmodell zunächst bis 2003 in der Schublade der Behörde. Die September- und Oktobernummern 1999 der hlz berichteten ausführlich.

Welch ein Pyrrhus-Sieg! 2003 wurde das Lehrerarbeitszeitmodell vom FDP-Schulsenator Lange in dem CDU-Schill-FDP-Senat unter Ole von Beust aus der Schublade gezaubert. Nun wurde es topdown mit wesentlich schlechteren Faktoren im Vergleich zu 1999 durchgesetzt. Durch die Einführung des Arbeitszeitmodells wurden rund 1000 Lehrerstellen eingespart. Eine tiefe Zäsur für die GEW-Hamburg, die bis heute andauert. Fortan herrscht tiefes Misstrauen zwischen GEW und Behörde. Der Rückgang des ehrenamtlichen Engagements für gewerkschaftliche Arbeit ist u. a. in der hohen Arbeitsbelastung mit 48 Wochenarbeitsstunden seit im AZM von 2003 begründet.

Im Juni 2000 eskalierten die Auseinandersetzungen mit der neuen SPD-Schulsenatorin Ute Papa erneut, um die wiederholt angekündigte Streichung der Altersentlastung für Kolleg_innen

Foto: hlz



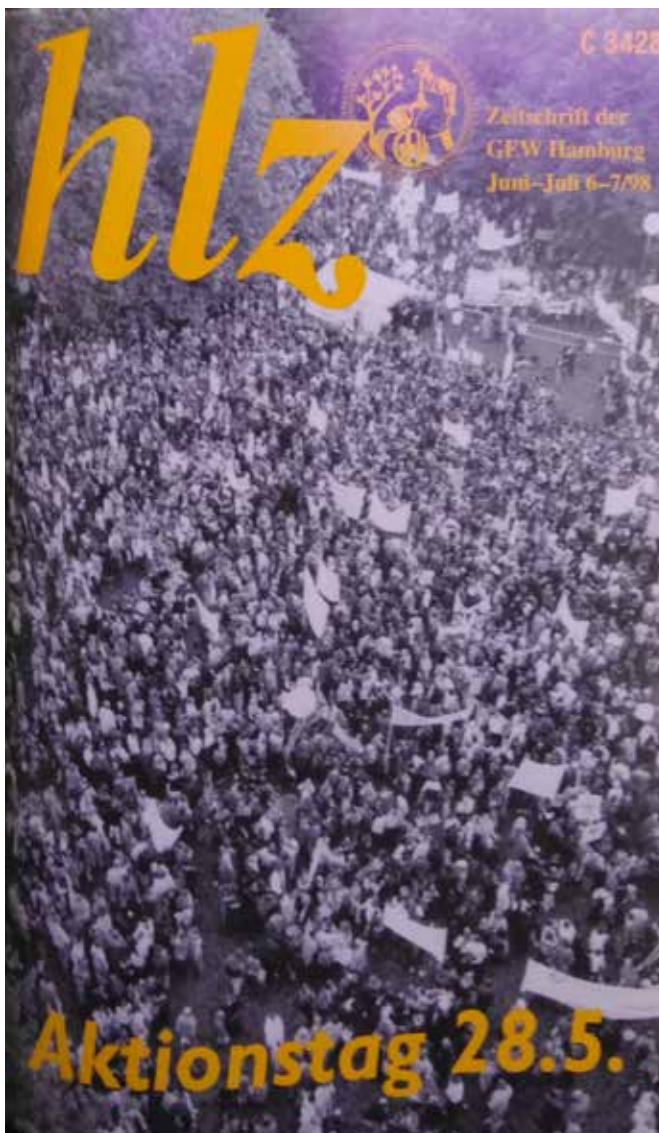
ab 55 und 60. Es kam am 6.7. 2000 ab 12.00 zu einer Arbeitsniederlegung, an der sich 3000 überwiegend verbeamtete Kolleg_innen trotz Verbotes durch die Schulbehörde unter der Forderung: „Junge einstellen - Alte entlasten“ auf dem Rathausmarkt beteiligten. SPD-Schulsenatorin Ute Pape und Bürgermeister Ortwin Runde blieben stur und verfügten die Streichung der Altersermäßigung mit Beginn des Schuljahres 2000/2001.

Reform: Integrative Regelklassen in den Grundschulen

Ein Grundschulthema in diesen Jahren war die Zukunft der Integrativen Regelschulen (IR). Die hlz schrieb: „Der Schulversuch IR ist eine Reform, die von vielen Kolleg_innen aus Überzeugung mitgetragen und vorangetrieben wird.“ Eine Besonderheit: Die vornehmlich an „sozialen Brennpunktschulen“ eingerichteten IR-Klassen wurden mit Personal (1/2 Sonderpädagog_in- bzw. Erzieher_innen pro Klasse) und Fortbildungsstunden vergleichsweise gut ausgestattet und es wurden keine I-Kinder etikettiert. Man ging von der Heterogenität einer Klasse aus, die förderbedürftige Kinder mit einschloss. Die Nichtetikettierung sorgte vor allem bei der CDU und beim Rechnungshof für heftige Kritik. Sie forderten die Beendigung des Modells. Aber auch die SPD verfolgte nach ihrer „empirischen Wende in der Bildungspolitik“ diesen Versuch nur noch halbherzig und verschob die Durchsetzung des Modells immer wieder. Auf einer GEW-Fachtagung wurde die Umwandlung des Versuchs in den Regelstatus gefordert und es bildete sich die AG Integration. Nach der Bürgerschaftswahl 2001 ging der Streit für IR unter „Schwarz-Schill“ weiter.

Gesamtschule am Ende?

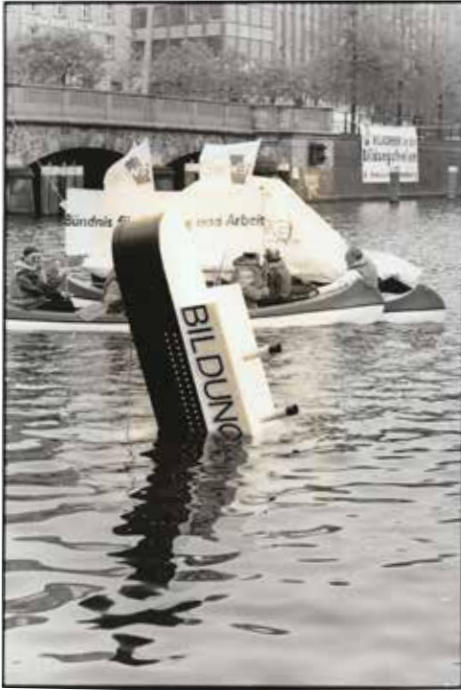
Ein weiteres Thema plöpte



1998 – 80 000 auf der Moorweide gegen die Sparpolitik des Senats

im Jahre 2000 in allen hlz-Nummern der Jahrtausend-Wende auf: 30 Jahre Gesamtschule – wie weiter? Hat sie ihren Zenit überschritten? Schon im Jahr 1978 hatte sich die SPD in den Koalitionsverhandlungen mit der FDP von der Durchsetzung der Gesamtschule als Regelschule in Hamburg verabschiedet. Dennoch gelang der Gesamtschulbewegung ab 1980 über das im Schulgesetz verankerte Elternwahlrecht, viele Schulen zu

Gesamtschulen umzuwandeln. Viele aktive Elterninitiativen erreichten es, Gesamtschulen in allen Stadtteilen Hamburgs zu gründen. Die Anzahl der Gesamtschulen stieg von 4 Versuchsschulen in den 70er Jahren auf über 30. Aber die Konkurrenz, das Gymnasium, behauptete sich durch eben das gleiche Elternwahlrecht mit mehr als 50 Prozent Anmeldungen von Schüler_innen in den fünften Klassen durch ihre Eltern. Die Zahl der



Aktion auf der Alster 1998

Haupt- und Realschulen sank kontinuierlich. Die ersten Gesamtschulen, Bruno Tesch in Altona und Grellkamp in Langenhorn, erreichten in mehreren Schuljahren hintereinander nicht die von der Behörde verlangte Dreizügigkeit in der 5. Klasse. Sie waren die ersten Schulen, die von der Schließung bedroht waren.

Die CDU begann schon in den 80er Jahren ihre Kampagne gegen die Gesamtschulen. Die CDU behauptete, die Gesamtschule sei im Vergleich zum Gymnasium und zu den Haupt- und Realschulen zu gut ausgestattet. Im Jahr 2000 hatte die CDU Erfolg: Der rot-grüne Senat änderte das Schulgesetz, das sicherstellen sollte, dass die Gesamtschulen wegen ihrer besonderen Aufgabe – der sozialen Integration von benachteiligten Schülerschichten, angemessen (besser) ausgestattet werden müssen. Der scheidende Oberschulrat der Gesamtschulab-

teilung Riekmann wies wehmütig in seinem Interview in der hLz 5-2000 darauf hin, dass das Elternwahlrecht sich gegen die Gesamtschule auswirke. Er führte aus: „... Eltern mögen theoretisch für Integration sein, wenn es aber um das eigene leistungsstarke Kind geht, entscheiden sich viele nicht für den sozialerzieherisch wertvolleren Weg über die Gesamtschulen. ...“ Besser konnte nach 30 Jahren das Scheitern der Gesamtschulbewegung nicht zusammengefasst werden. An dieser sozialen Schranke scheiterten dann in den folgenden Jahren die Volksinitiative „Eine Schule für Alle“ und das Referendum für die sechsjährige Primarschule, angeschoben von der grünen



Willi plädiert für die Durchführung eines Russell-Tribunals gegen Rüstungsexporte auf dem Gewerkschaftstag am 25.4. d.J.

teilung Riekmann wies wehmütig in seinem Interview in der hLz 5-2000 darauf hin, dass das Elternwahlrecht sich gegen die Gesamtschule auswirke. Er führte aus: „... Eltern mögen theoretisch für Integration sein, wenn es aber um das eigene leistungsstarke Kind geht, entscheiden sich viele nicht für den sozialerzieherisch wertvolleren Weg über die Gesamtschulen. ...“ Besser konnte nach 30 Jahren das Scheitern der Gesamtschulbewegung nicht zusammengefasst werden. An dieser

Schulsenatorin Christa Goetsch in der grün-schwarzen Koalition. Eine Einheitsschule für alle Bevölkerungsschichten will in Deutschland seit 1848 nicht gelingen. Die Namenskreationen für das gegliederte Schulwesen in Deutschland scheinen unerschöpflich. In dem ersten Jahrgang der hLz von 1922 gab es die Volksschule, die Aufbauschule, die Realschule, die Oberrealschule, das Gymnasium – die Oberschule. In Hamburg existieren 2022 fast gleich viele Schularten: die Grundschulen, die RBBZen, die Stadtteilschulen, die Gymnasien und demnächst neugebaute Campusschulen. Seit geraumer Zeit unter SPD-Schulsenator Rabe herrscht „Schulfrieden“ und wir Pensionär_innen haben die gescheiterte Schulreform mit in den Ruhestand genommen.

War sonst noch was in unserer Redaktionszeit? Der Blick über den Tellerrand

Am 18./19. Mai 1999 wurde auf dem bundesweiten Gewerkschaftstag der GEW in Würzburg die Neustrukturierung vieler Einzelgewerkschaften unter dem Dach der späteren ver.di heftig debattiert. Die hLz 6/99 berichtete unter der Schlagzeile „Quadratur des Kreises“. Die GEW lehnte den Beitritt zu ver.di ab.

In der gleichen Nummer wurde der sofortige Stopp der Nato-Bombardierung im Kosovokrieg gefordert. Die Bundeswehr mischte das erste Mal nach der Wiedervereinigung im Ausland mit. Unter der Überschrift „Dialog statt Bomben“ setzte sich die GEW für zivile Konfliktlösungen ein.

Schulen ans Netz – Das war seit 1996 eine Kampagne der Schulbehörde, des Bildungsministeriums und der Telekom zur Beschaffung von neueren internetfähigen, untereinander vernetzten Computern. Mit den Parolen: „Ohne Computer

geht nichts mehr“, „Ein Multi-
mediacomputer in jede Klasse“
wurde der Aufbruch ins neue
Medienzeitalter in der hlz 7-8/99
propagiert. Bezuschusst wurde
das Programm „Alle Schulen
ans Netz“ durch Bundesmittel
der Bundesregierung. Hamburg
bekam davon 32 Millionen DM.
Die Geräte von damals sind heu-
te längst verschrottet. Vielleicht
recycelt? Damals wie heute ein
Problem: Wohin mit den tech-
nisch überholten Geräten?

Die Euromärsche, Demos von
Arbeitslosen quer durch Europa,
waren 1997 eine gemeinsame
Initiative französischer, italieni-
scher und spanischer Gewerk-
schaften für „ein anderes Europa
von unten“, für soziale Mindest-
standards für die arbeitenden Be-
völkerungen. Es wurde für Demos
in Brüssel, in Amsterdam, in
Köln und in Genua international
mit guter Resonanz mobilisiert.
Der DGB hielt sich bei diesen
Aktionen eher bedeckt. Die Be-
wegung brachte das Vorhaben
einer neoliberalen EU-Verfas-
sung durch Volksabstimmungen
in einigen EU-Ländern zu Fall.
Der gescheiterte Verfassungs-
entwurf wurde stattdessen von
den EU-Staaten als Lissabon-
Verträge mit einer dürftigen So-
zialcharta unterzeichnet. Soll's
mit der EU mit einer besseren
Akzeptanz der arbeitenden Be-
völkerung mal vorangehen, ge-
hört die Forderung nach sozialen



Foto: hlz

Hermann am 1. Mai d. J. auf dem Fischmarkt

Mindeststandards wieder die auf
die Agenda.

**Gibt es verglichen mit den
Themen in der hlz von 1922
gegenüber dem Heute
Fortschritte?**

Ja, die gibt es. Ein großes
Problem im Jahr 1922 war die
Beschäftigung von Frauen als
verbeamtete Lehrerinnen. Eine
alleinerziehende Mutter wur-
de aus dem Schuldienst wegen
verwerflicher Moral und man-
gelndem Vorbild entlassen. Die
hlz kritisierte diese Maßnahmen
1922 scharf. Aber auch die im
Beamtenverhältnis beschäftigte
verheiratete Frau bereitete dem
Staat Probleme. Hat die verhei-
ratete Frau und Mutter einen
Anspruch auf eine volle Stelle?
Immerhin – bei diesen Proble-

men sind Fortschritte erkennbar.

Im September 1922 mit der
hlz Nr.39 begann die Hyperin-
flation, der Staat konnte die er-
forderlichen Geldmassen nicht
mehr besorgen, so dass teilweise
verspätet oder gar nicht gezahlt
wurde. Das Grundgehalt mit
Ortszuschlag betrug im Septem-
ber 25 600 Mark, der allgemei-
ne Teuerungszuschlag bei einer
Inflation von 677 Prozent wurde
mit 173 312 RM beziffert. Dann
gab es noch einen Kopfszuschlag
und Wirtschaftsbeteiligung von 15
000 RM, ausgezahlt wurden
213 287 RM in der Lohntüte/ım
Waschkorb. Auch das ist uns bis-
her erspart geblieben, insofern
Fortschritt.

WILLI BARTELS
HERMANN KAHLE
Chefredakteure von Oktober 1997
bis Oktober 2000



Foto: Redaktion Bartels/Kahle

Atmosphäre vortrefflich, Kamera leider nicht; Weihnachtsfeier der Redaktion 1998
V.l.n.r.: Willi Bartels, Britta Erhardt, Fritz Patzelt, Sabine Roever, Ulf
Lebuhn, Hans Tschirschnitz, Joachim Geffers, Eyke Greve, Herrmann Kahle